

BRANDENBURG

Positiv fällt zuerst die hohe Wahlbeteiligung auf (bei beiden Wahlen ist diese im Vergleich zu 2014 um mehr als 10 Prozent in Brandenburg gestiegen). Bei der Kommunalwahl ist auch die Anzahl der Bewerber*innen deutlich angestiegen: von 5656 (2014) auf 6131 (2019).

Die rechtsextremen Parteien spielen in Brandenburg zurzeit keine Rolle mehr. Den Parteien „Die Rechte“ und „III. Weg“ kamen bei der EU-Wahl in Brandenburg gerade einmal auf 0,1 Prozent, die NPD konnte in den Landkreisen und kreisfreien Städten nur 5 Mandate erringen. 2014 waren dies noch 20. Die Wähler*innen haben zwischen den verschiedenen Ebenen sehr wohl unterschieden. Während bei der EU-Wahl die Bewertung der Bundesregierung eine Rolle gespielt hat (Protestwahl), sind auf der kommunalen Ebene stärker Personen und Sachthemen wahlentscheidend. Die deutlich höheren Zustimmungswerte zu AfD und Die Partei auf der EU-Ebene als auf der kommunalen Ebene zeigen deutlich in diese Richtung.

In Kommunen, wo Parteien strukturell gut aufgestellt sind, d. h. personell verankert sind und kontinuierlich mit den Bürger*innen kommunizieren, wird dies auch in höheren Wahlergebnissen sichtbar. Wenn Parteien in bestimmten Regionen keine Kandidaten mehr aufstellen können, weil die personelle Lage dies nicht ermöglicht, dann können sie auch nicht gewählt werden.

Das Parteiensystem verändert sich. Die Anzahl der zur Wahl antretenden Parteien nimmt ebenso zu, wie die in die Parlamente gewählten Parteien oder Bürgerlisten. Dies ist ein Abbild hoher Diversität und macht demokratische Aushandlungsprozesse und Koalitionsbildungen perspektivisch aber deutlich schwieriger.

Mehr Demokratie wagen und Mut zur Auseinandersetzung lassen sich ebenfalls aus den Wahlergebnissen ableiten. Jene Parteien, die sich mit klaren Positionen zeigten, wie AfD und Grüne, erscheinen offensichtlich attraktiv für die Wähler*innen. Sie wünschen sich augenscheinlich den öffentlichen Streit zu bestimmten Themen und wollen diesen auch in den Parlamenten.

Im Berlin nahen Brandenburger Raum lassen sich hohe Wahlergebnisse der Grünen beobachten. Diese sind vermutlich auf die Zuwanderungen der letzten Jahre und Jahrzehnte zurückzuführen. Vor allem gut situierte Berliner*innen oder Zugezogene aus den alten Bundesländern haben den Speckgürtel für sich als Wohnraum entdeckt. Diese Zuwanderung bringt in den Kommunen aber auch Konfliktpotential zwischen den Zugewanderten und den Alteingesessenen mit sich.

Sonderfall Lausitz: Der Bevölkerung in der Lausitz ist klar, dass der Wandel nur bedingt neue Perspektiven für sie ermöglicht. Wenn der Wegfall der Tagebaue

durch die Ansiedelung von Forschungseinrichtungen und Landesministerien kompensiert werden soll, dann wissen die Bergbauarbeiter*innen, dass diese mehrheitlich die Erwerbschancen von Akademiker*innen verbessern, jedoch nicht die der ehemaligen Bergbauarbeiter*innen. Diese Perspektivlosigkeit und Furcht vor Verdrängungsprozessen treibt sie um.

Ansprechpartner für Rückfragen:

demos

Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung

Demokratie und Integration Brandenburg e. V.

Markus Klein

Telefon: 0331 740 6246

Fax: 0331 740 6247

Mobil: 0163 881 5574

www.gemeinwesenberatung-demos.de